

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund**

**Bundesvorstand**

Abteilung  
Bildungspolitik und  
Bildungsarbeit

25.09.2014

**Demographische Chance verpasst, Ausbildungsbereit-  
schaft auf historischem Tief  
Hintergrundpapier zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt  
2013**

*Matthias Anbuhl,  
Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim  
DGB-Bundesvorstand*

Herausgeber:  
DGB-Bundesvorstand  
Abteilung  
Bildungspolitik  
und Bildungsarbeit

Verantwortlich:  
Elke Hannack

Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin  
Postanschrift:  
Postfach 11 03 72  
10833 Berlin

Telefon 030 24060-297  
Telefax 030 24060-410  
E-Mail:  
matthias.anbuhl@dgb.de

## A. Zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt 2013

Der Ausbildungsmarkt steht vor ernststen Herausforderungen: Trotz guter Konjunktur und konstanter Bewerber/-innenzahlen ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2013 mit 530.715 auf den mit Abstand niedrigsten Wert seit der Deutschen Einheit gefallen. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 3,7 Prozent bzw. 20.500 abgeschlossene Ausbildungsverträge weniger.

Ein realistischer Blick auf die tatsächliche Lage auf dem Ausbildungsmarkt lässt sich mit der Kategorie der ausbildungsinteressierten Jugendlichen erfassen, die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) entwickelt wurde. Sie setzt sich zusammen aus der Zahl der neuen Ausbildungsverträge sowie der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zwar den Bewerberstatus erhalten, aber keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

Diese Statistik zeigt, dass von den 816.541 jungen Menschen, die im Laufe des Berichtsjahres 2013 ein ernsthaftes Interesse an einer Ausbildung hatten – und als „ausbildungsreif“ deklariert wurden – lediglich 530.715 einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben. Damit haben nur 65,0 Prozent dieser jungen Menschen einen Ausbildungsplatz gefunden. Dies ist trotz robuster Konjunktur gegenüber dem Jahr 2010 (68,3 %) ein deutlicher Rückgang<sup>1</sup>. Die Integrationskraft des dualen Systems lässt nach.

Junge Menschen mit Ausbildungsvertrag	530.715
Bewerber/innen in Maßnahmen/Übergangsbereich mit Vermittlungsauftrag - alternativer Verbleib	62.530
Bewerber/innen in Maßnahmen/Übergangsbereich ohne Vermittlungsauftrag	106.640
Bewerber/innen, deren Verbleib nicht bekannt ist	95.622
Offiziell unversorgte Bewerber/innen	21.034
<b>INSGESAMT AUSBILDUNGSINTERESSIERTE</b>	<b>816.541</b>

Quelle: Ulrich, Joachim Gerd; Matthes, Stephanie; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf; Krekel, Elisabeth M.: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2013: Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge fällt auf historischen Tiefstand – BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2013, Bonn, 2014, S. 28

Allein im Jahr 2013 zeigten 83.564 Jugendliche an, dass sie zum Stichtag 30. September 2013 noch immer akut einen Ausbildungsplatz suchen<sup>2</sup>. Das entspricht einem Zuwachs von rund 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dem stehen nur 33.500 offene Ausbildungsplätze gegenüber. Auf dem Ausbildungsmarkt ist eine paradoxe Situation zu beobachten: Während immer mehr Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, steigt gleichzeitig die Zahl der unbesetzten Stellen. Zudem zeigt der Ausbildungsmarkt ein nach Regionen und Berufen sehr zersplittertes Bild.

<sup>1</sup> Vgl. Ulrich, Matthes, Flemming, Granath, Krekel: Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge fällt auf historischen Tiefstand. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2013, BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2013, Bonn 2014, S. 28

<sup>2</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Berufsbildungsbericht 2014, Bonn, 2014, S. 5

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen ziehen sich aus der Ausbildung zurück. Die Quote der Ausbildungsbetriebe ist mit 21,3 Prozent<sup>3</sup> auf dem tiefsten Stand seit 1999 angelangt. Gleichzeitig können vor allem Betriebe in den Problembranchen mit schlechter Ausbildungsqualität – wie etwa Gaststätten und Hotels – ihre Ausbildungsplätze oft nicht besetzen.

Erfreulich ist: Die duale Berufsausbildung bleibt auch für hoch qualifizierte Jugendliche attraktiv. Fast jede/r vierte Auszubildende hat das Abitur oder die Fachhochschulreife in der Tasche (24,0 %). Im Bereich Industrie oder Handel ist es gar jeder dritte Jugendliche (30,0 %). Tendenz: steigend. Allein von 2008 bis 2012 ist die Zahl der Jugendlichen mit Studienberechtigung um 14.000 gestiegen – und das bei sinkenden Vertragszahlen. Wenn auch zwischenzeitlich doppelte Abiturjahrgänge in einzelnen Ländern die Statistik ein wenig verzerrt haben mögen, zeigt sich: Das duale System leidet nicht unter einem Mangel an gut qualifizierten jungen Menschen.

Die mangelnde Integration von Jugendlichen mit schlechten Startchancen ist das Hauptproblem. Nur noch 7 Prozent der Betriebe bilden Jugendliche mit Hauptschulabschluss aus. Rund 257.600 Jugendliche<sup>4</sup> befinden sich in den zahllosen „Maßnahmen“ im Übergang von der Schule in die Ausbildung. Wenn sich die Zahl der Ausbildungsplätze im Sinkflug befindet, liegt dies nicht am vermeintlichen „Akademisierungswahn“, sondern an Betrieben, die sich an eine Bestenauslese gewöhnt haben und Jugendlichen mit Hauptschulabschluss von vornherein keine Chance mehr geben.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung stellt dazu fest: „Ein höherer Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze blieb unbesetzt, und mehr Ausbildungsplatznachfrager blieben bei ihrer Suche erfolglos. Insgesamt verschlechterte sich die Marktlage zulasten der Jugendlichen, und es gelang nicht mehr im selben Ausmaß wie in den drei Jahren zuvor, ausbildungsinteressierte Jugendliche an dualer Berufsausbildung zu beteiligen.“<sup>5</sup>

Diese Zahlen zeigen: Bund, Länder und [Sozialpartner](#) müssen gemeinsam die duale Berufsausbildung wieder stärken. Junge Menschen haben ein Recht auf Ausbildung. Die Betriebe dürfen nicht nur über den vermeintlichen Fachkräftemangel klagen, sie müssen endlich wieder mehr ausbilden. Die neue Bundesregierung sollte durch eine Ausbildungsplatzgarantie sicherstellen, dass die Warteschleifen im Übergang von der Schule in die Ausbildung abgebaut werden und den Jugendlichen der Weg hin zu einem Ausbildungsabschluss vorbereitet wird.

## **B. Zur Ausbildungsgarantie**

In ihrem Koalitionsvertrag versprechen CDU, CSU und SPD die Einführung einer Ausbildungsgarantie. „Wir werden den Ausbildungspakt gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Ländern zur „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiterentwickeln. Ziel der Allianz ist die Umsetzung der Ausbildungsgarantie in Deutschland. Kein junger Mensch darf zurückbleiben oder wertvolle Lebenszeit in Warteschleifen verlieren. Zusammen mit den Partnern in der Allianz unterstützen wir Jugendliche mit schlechteren Startchancen insbesondere durch ausbildungsbegleitende Hilfen und die assistierte Ausbildung“,<sup>6</sup> heißt es in der Vereinbarung die Grundlage für die Große Koalition in Berlin ist.

Der DGB unterstützt die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben, die Ausbildungsgarantie umzusetzen. Im Rahmen der Allianz-Gespräche geht es nun darum, diese Idee mit konkreten und nachprüfbaren Maßnahmen zu unterlegen. Wir brauchen den Einstieg in die Ausbildungsgarantie. Jeder junge Bewerber und jede junge Bewerberin,

---

<sup>3</sup> Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Berufsbildungsbericht 2014, Bonn, 2014, S. 5

<sup>4</sup> Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung, Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014, Bonn 2014 S. 151

<sup>5</sup> Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung, Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014, Bonn 2014 S. 11

<sup>6</sup> CDU, CSU und SPD: Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag vom 16. Dezember 2013, Berlin 2013, S. 23

der/die bei der Bundesagentur für Arbeit einen Ausbildungsplatz sucht, muss ein Angebot bekommen, das mit der Möglichkeit eines Berufsabschlusses verbunden ist.

Hierzu sind folgende Maßnahmen notwendig:

Das Recht auf Ausbildung garantieren / neue Struktur für den Übergang von der Schule in die Ausbildung: Jugendliche, die nur aufgrund mangelnder Ausbildungsangebote keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, benötigen keine Warteschleifen. Sie sollten einen Rechtsanspruch auf eine Ausbildung erhalten. Das sogenannte „Hamburger Modell“ kann ein Beispiel sein, wie der Übergang in eine Ausbildung sinnvoll strukturiert werden kann: Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, absolvieren das erste Ausbildungsjahr in einer Berufsfachschule. Mit dem nächsten Ausbildungsjahr wechseln die Jugendlichen entweder in eine duale oder eine betriebsnahe Ausbildung unter Anerkennung der bisher absolvierten Ausbildungsinhalte. Diese zweite Säule ist möglichst in die Betriebe zu verlagern. Deshalb müssen wir Modelle der assistierenden Ausbildung ausweiten, in der die duale Ausbildung durch pädagogische Unterstützung für Auszubildende und Betriebe ergänzt wird, die zum Standardangebot gehört.

Betriebe müssen ihr Einstellungsverhalten ändern / ausbildungsbegleitende Hilfen ausbauen: Die „faktische Abschottung“ vieler Ausbildungsberufe für Jugendliche mit niedrigeren Schulabschlüssen muss beendet werden. Betriebe sollten bei der Auswahl der Auszubildenden gezielt auch schwächere Jugendliche in die Ausbildung übernehmen. Hierzu brauchen die Unternehmen auch Hilfe. Deshalb sollten ausbildungsbegleitende Hilfen zu Regelangeboten für die Betriebe ausgebaut werden. Für jeden Auszubildenden wird dabei ein individueller Förderplan in Abstimmung mit dem Ausbildungsbetrieb erstellt, anhand dessen die Lernschritte und Lernerfolge verfolgt werden können. Das unterrichtende Personal setzt sich in der Regel aus erfahrenen Ausbildern und Lehrkräften zusammen. Die sozialpädagogischen Mitarbeiter/-innen unterstützen die Auszubildenden bei deren beruflichen und privaten Problemen und helfen bei Lernproblemen und Prüfungsangst.

Flächendeckende Einführung der assistierten Ausbildung: Um gerade KMUs für die Ausbildung zu gewinnen, soll das Modell der assistierten Ausbildung eingesetzt und bundesweit ausgebaut werden. Dabei wird Betrieben und Jugendlichen ein Bildungsträger zur Seite gestellt. Dieser Träger soll den Betrieben bei der Auswahl der Jugendlichen und bei der Ausbildung (Gestaltung des betrieblichen Ausbildungsplanes etc.) helfen. Zudem soll er die Jugendlichen bei Problemen in der Ausbildung unterstützen. Dieses Instrument ist mit ausbildungsbegleitenden Hilfen zu verknüpfen und als Regelinstrument in den SGB III aufzunehmen

## ***Literatur***

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2014, gefördert von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Frankfurt am Main/Berlin, Mai 2014 (Nationaler Bildungsbericht)

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014, Bonn 2014

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Berufsbildungsbericht 2014, Bonn, 2014

CDU, CSU und SPD: Deutschlands Zukunft gestalten, Koalitionsvertrag vom 16. Dezember 2013, Berlin 2013

Ulrich, Joachim Gerd; Matthes, Stephanie; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf; Krekel, Elisabeth M.: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2013: Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge fällt auf historischen Tiefstand – BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2013, Bonn, 2014